



Erst die Lega springt auf den Referendums-Zug

Volk kann über jedes Steuerabkommen befinden

HANS-PETER WÄFLER

Die Kehrtwende ist vollzogen: Der Bundesrat will alle neuen Doppelbesteuerungsabkommen, mit denen das Bankgeheimnis nach OECD-Standard gegenüber dem Ausland gelockert wird, dem fakultativen Referendum unterstellen. Dies gab das Finanzdepartement von Hans-Rudolf Merz gestern bekannt.

Noch im Sommer hatte Merz eine andere Taktik verfolgt. Eine Abstimmung über ein einziges Abkommen sollte auch für Abkommen mit anderen Staaten gelten. Das sollte die Gefahr bannen, dass angesichts von schwebenden Streitigkeiten Abkommen mit Ländern wie den USA, Deutschland oder Italien vom Volk verworfen werden.

Kritik an dieser Taktik kam aber aus bürgerlichen Reihen. Diese reagierten gestern denn positiv auf den Entscheid des Bundesrates. Eine Referendumsankündigung machte aber erst eine Partei: die Lega dei Ticinesi. Präsident Giuliano Bignasca erklärte: «Wir werden mindestens ein Referendum ergreifen – gegen das Abkommen mit Italien.»

SVP hält sich bedeckt

Zurückhaltend gab sich die SVP – die Partei, die prompt mit Referenden gedroht hatte, als der Bundesrat im März seine neue Steuerpolitik eingeschlagen hatte. Wie sich die SVP zu den Abkommen stelle, hänge vom Inhalt ab, hiess es aus der SVP-Zentrale. Und für die Junge SVP meinte Nationalrat Lukas

Reimann: «Wir müssen die Abkommen nun prüfen.»

Das will auch die FDP, vor allem den Vertrag mit Frankreich. Nur dieser enthält den Passus, dass bei Amtshilfeersuchen nicht zwingend der Name der Bank des betroffenen Steuerpflichtigen genannt werden muss. An ein Referendum denkt FDP-Nationalrat Philipp Müller aber nicht: «Falls Korrekturen nötig sind, werden wir darauf schon im Parlament pochen.»

Bei der CVP wollte Präsident Christophe Darbellay gerade mit Blick auf Frankreich ein Referendum nicht ausschliessen. Ständerat Philipp Stähelin, der das Geschäft eng begleitet, meinte aber: «Ich gehe nicht davon aus, dass wir das Referendum ergreifen.»

Für die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz Auns wiederum ist laut Geschäftsführer Hans Fehr «alles möglich». Bei der Auns beobachten sie derzeit aber vor allem, ob die Debatte um einen EU-Beitritt der Schweiz Fahrt aufnimmt. In diesem Fall dürfte die Auns ihre Kräfte auf den Kampf gegen die EU konzentrieren.

Für fünf von bisher zwölf unterzeichneten Steuerabkommen verabschiedete der Bundesrat gestern die Botschaften: für die Verträge mit den USA, Dänemark, Frankreich, Mexiko und Grossbritannien. Im Frühling sollen alle Abkommen zum Erstrat ins Parlament kommen. Erst gegen Abkommen, die das Parlament genehmigt hat, kann das Referendum ergriffen werden.



Mittelland Zeitung Gesamtausgabe

28.11.2009

Auflage/ Seite 144321 / 4

Ausgaben 300 / J.

9101

7565828

EVD / PD / UVEK / EFD / EDI / EJpd

Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
AZ Aarau/Lenzburg/Wynental	20'964
AZ Baden/Brugg/Zurzach	25'615
AZ Fricktal	7'124
AZ Freiamt	13'068
Limmattaler Zeitung	10'119
Solothurner Zeitung	23'064
Grenchner Tagblatt	4'702
Langenthaler Tagblatt	9'856
Oltner Tagblatt	16'362
Zofinger Tagblatt	13'447